Presseinformation

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 356.10 / 17.06.2010

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 16 – Homophobie aktiv bekämpfen

Dazu sagt der Abgeordnete
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Rasmus Andresen:

Vorreiter gegen Homophobie

Gewalt oder die Diskriminierung von homo-, bi-, trans- oder intersexuellen Menschen hat in Deutschland traurige Tradition. Als Beispiel hierfür kann der Paragraf 175 Strafgesetzbuch genannt werden, der jahrzehntelang und bis weit in die 90ger Jahre sexuelle Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts unter Strafe stellte.

Aber auch heute, viele Jahre nach dem von Rot-Grün erreichtem Gesetz zur Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften, muss für echte Toleranz und Gleichstellung sehr viel getan werden.

In Zeiten in denen auf Schleswig-Holsteins Schulhöfen, Fußballplätzen und Handballhallen das Wort „schwul“ eines der beliebtesten Schimpfwörter ist, haben auch wir als Landespolitik eine Verantwortung. Wir Grüne wollen ein tolerantes und weltoffenes Schleswig-Holstein. Homophobie darf genau wie Rassismus oder Diskriminierung kein Platz haben. Als ein Schritt für ein tolerantes Schleswig-Holstein beantragen wir deswegen einen Aktionsplan gegen Homophobie.

Ungefähr einen Monat nach dem internationalen Tag gegen Homophobie kann Schleswig-Holstein somit ein starkes Signal senden. Ein Signal für Toleranz und gegen Homophobie. In unserem Antrag geht es konkret darum, Akzeptanz für Homo-, Bi-, Trans- und Intersexuelle zu schaffen.

Aufklärungsarbeit beginnt für uns nicht erst mit der Volljährigkeit. Wer als Kind Toleranz beigebracht bekommt, wird diese später aktiv leben. Genau deswegen fordern wir bereits in Kitas, Schulen und Jugendzentren Aufklärungsarbeit zu leisten. Das Projekt der Landesregierung von Nordrhein Westfalen, „Schule ohne Homophobie – Schule der Vielfalt“ kann hierzu als Vorbild dienen.

Immer öfter zeigt sich Gewalt gegen Schwule und Lesben. Eine Umfrage von dem Maneo Projekt Berlin aus dem Jahr 2007 belegt, dass in Schleswig-Holstein 35 Prozent aller schwulen Männer, also mehr als jeder Dritte, Erfahrungen mit Gewalt aufgrund seiner sexuellen Identität gemacht hat. Die meisten Vorfälle finden auf der Straße, im ÖPNV, in der Schule oder auf dem Arbeits- oder Ausbildungsplatz statt.

Die Hemmschwelle nach homophoben Übergriffen zur Polizei zu gehen, ist in Schleswig-Holstein so hoch wie in kaum einem anderen Bundesland. Über 90 Prozent der Befragten gaben an, nach Vorfällen nicht zur Polizei gegangen zu sein.

Dies sind keine abstrakten Zahlen, sondern es ist traurige Realität in Schleswig-Holstein. Beispielsweise beim CSD in Kiel vor ein paar Jahren: Ein ehrenamtlicher Mitarbeiter wurde an seinem Info-Stand von einem Passanten mit dem Messer im Brustbereich verletzt. Kurze Zeit danach wird eine Teilnehmerin in einem Imbiss verbal attackiert, bespuckt und geschubst, und das alles nur weil in ihrem Rucksack eine Regenbogenflagge steckt. Ein anderes Beispiel ist ein junger Mann, der mit seinem Partner auf den Straßen Kiels Hand in Hand ging und tätlich angegriffen wurde.

Wir dürfen als Landespolitik nicht weggucken, sondern müssen uns dieser erschreckenden Entwicklung stellen. Gerade die große Scheu zur Polizei zu gehen zeigt, dass noch viel Sensibilisierung in der Gesellschaft und somit auch und gerade bei der Polizei vonnöten ist.

Bei Homophobie geht es aber nicht nur um Aggressionen gegen Homosexuelle, nein, es gibt in Schleswig-Holstein auch Fälle, wo Schüler mit dem Vorwurf homosexuell zu sein gemobbt werden und die Schule verlassen. Egal ob Sie homosexuell sind oder nicht.

Mit einem Aktionsplan gegen Homophobie kann Schleswig-Holstein Vorreiter in der Bundesrepublik werden. Allerdings dürfen wir nicht an den Landesgrenzen halt machen. Über den Bundesrat ist Schleswig-Holstein aufgefordert, einen bundesweiten Aktionsplan gegen Homophobie zu initiieren.

Wir sollten alle ein Interesse an einem toleranteren Schleswig-Holstein haben, so interpretiere ich jedenfalls auch Aussagen im Koalitionsvertrag, in dem sich die Koalitionsfraktionen auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse für Homo- und Bisexuelle festlegen.

Da auch wir in den vergangenen Wochen hinzugelernt haben und unseren Antrag um einige Aspekte ergänzen wollen, beantragen wir die Überweisung in den Innen und Rechtsausschuss.

***